

Nachgefragt Der SN-Kantonsrats-Jahresrückblick, Teil V: Jeannette Wibmer, Die Mitte, Laufen-Uhwiesen

«Mit dem Verkehr ist es wie mit Wasser, er sucht sich immer den direkten Weg»

Alexander Joho

Zum Jahreswechsel 2025/26 hakt das Ressort Weinland/Rafzerfeld der SN erneut bei total fünf Zürcher Kantonsrätinnen respektive -räten nach, bei den vieren aus dem Weinland und bei einem aus dem Rafzerfeld. Heute als Fünfte und Letzte an der Reihe: Jeannette Wibmer, Die Mitte, Laufen-Uhwiesen. Die promovierte Rechtsanwältin, gebürtige Stadtzürcherin, ist Nachfolgerin ihres Parteikollegen Konrad Langhart (Stammheim). Wibmer wurde am 5. Mai vereidigt; damit ist sie im Weinländer und Rafzerfelder Quintett die «Jüngste» – die Vereidigung von Walter Staub (FDP, Flaach) als Nachfolger von Martin Farner (ebenfalls Stammheim) war aus beruflichen Gründen um eine Woche vorgezogen worden. Mit Wibmer sitzt nach Alfred Weidmann (*1947, Grüne) erstmals nach 34 Jahren wieder eine Vertretung aus Uhwiesen im Kantonsrat.

Jeannette Wibmer, rückblickend: Wie waren die ersten paar Monate im Kantonsrat? An was mussten Sie sich zuerst noch gewöhnen?

Jeannette Wibmer: Aus dem Zürcher Weinland kamen konkrete Anliegen auf mich zu: «Gell, du schaust, dass da schnell etwas passiert?» Aber Gesetzgebung ist kein Sprint, sondern ein Marathon: Es kann mehrere Jahre dauern, bis die entsprechende Regierungsvorlage ausgearbeitet ist und – danach – endlich in der zuständigen Kommission und im Rat behandelt werden kann. So sind wir uns im Kantonsrat über alle Parteien hinweg einig, dass eine neuer Zürcher Behördenpraxis, wonach durch einen Pflegeheimtritt in einer anderen Gemeinde dort üblicherweise ein neuer Wohnsitz begründet wird, nicht zielführend ist. Zum Beispiel müssen Eheleute so nach dem Heimeintritt eines Ehegatten an einem anderen Ort neu zwei separate Steuererklärungen einreichen, was komplexe Entscheidungszwänge verursacht: Wem gehört das gemeinsame Bankkonto, wem wie viel Prozent des gemeinsam bewohnten Hauses oder Stockwerkeigentums, wer zahlt Schulden, wer darf Schuldzinsen abziehen? Zudem trägt die alte Wohngemeinde die Pflegekosten, obwohl die betroffene Person neu in der Pflegeheim-Gemeinde Steuern zahlt. Im Weinland, wo Servicewohnungen, betreute Wohn- sowie Pflegeeinrichtungen von mehreren Gemeinden gemeinsam errichtet und betrieben werden, wird deshalb auch deren Finanzierung erheblich erschwert. Obwohl der Zürcher Kantonsrat unter Führung des politischen Zentrums (EVP, GLP und Mitte) mit Unterstützung aller Parteien (!) von SVP bis SP dieses Problem 2025 umgehend mit einem gemeinsamen Vorstoss anpackte, wird es bis zur konkreten Lösung noch dauern, auch wenn wir, wie auch das Parlament in Bern, nicht locker lassen.

Ich gehe davon aus, dass Sie der Entscheid der SRG, in Zukunft doch an UKW festzuhalten, gefreut hat. DAB+ ist zwar ein technologischer Fortschritt, es wurde aber offenbar unterschätzt, wie viele Empfänger noch auf etablierte Geräte angewiesen sind. Dies gilt ja nicht nur für Unterhaltungsprogramme, sondern auch für wichtige Informationsmedien. Eine von mir organisierte überparteiliche Allianz von sechs Kantonsratsparteien wollte des-



Jeannette Wibmer vertritt seit Mai 2025 die Weinländer Mitte im Zürcher Kantonsrat.

Bild: zvg

halb vom Zürcher Regierungsrat wissen, wie nach einer etwaigen Abschaltung von UKW die ebenfalls über UKW-Antennen laufende IBBK-Notfallkommunikation durch unsere Behörden und Sicherheitsorgane in einer ausserordentlichen oder besonderen Lage organisiert wird. Auch die Trinkwasserverunreinigung in Dachsen und Uhwiesen von Anfang August 2025 hat diesen Bedarf gezeigt. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, dass auch der Zürcher Regierungsrat schon neun Tage nach Erhalt unserer Anfrage in Bern offiziell forderte, dass diese UKW-Notfallalarmierung schweizweit erhalten bleibt und technologisch so erweitert wird, dass es weiterhin als robuste Rückfallebene genutzt werden kann. Der Entscheid des Parlaments in Bern, UKW nicht 2026 abzuschalten, kommt nun nicht nur den rund 30 Prozent Radiohörenden in der Schweiz entgegen, die aus unterschiedlichsten Gründen weiterhin UKW-Radio nutzen wollen, sondern ermöglicht auch die Weiterführung der für den Schutz unserer Bevölkerung besonders wichtigen IBBK-Alarmierung über UKW, die jener durch Mobilfunktechnologien überlegen ist.

Sie haben sich Anfang Dezember mit einem Postulat zusammen mit Walter Staub (FDP, Flaach) und Paul Mayer (SVP, Marthalen) gegen eine Deponie im Trüllikon «Birchbüel» ausgesprochen. Irgendwo muss der Abfall doch hin. Wenn nicht nach Trüllikon, wohin denn sonst (im Weinland)? Und: Es handelt sich gemäss kantonaler Standort-Karte einstweilig lediglich um einen Ersatz-Standort ...

Die zuständige Direktion des Zürcher Regierungsrates selbst taxierte 2024 den geplanten Standort «Birchbüel» in Trüllikon als am zweitschlechtesten

geeignet für eine Deponie im ganzen Kanton! Wieso er dennoch im Richtplanvorschlag 2025 verblieb, ist uns Unterzeichnenden unerklärlich. Es ist klar, dass anfallende Abfälle von Bau und Entsorgung geeignet und nach dem Stand der Technik deponiert werden müssen. Ungeklärt und nur schwer vertretbar ist jedoch nach unserer Einschätzung die vom Zürcher Regierungsrat vorgesehene Zu- und Wegfahrt des Schwerverkehrs. Dieser würde wohl kaum, wie vom Regierungsrat geplant, über den angrenzenden Kanton Thurgau stattfinden. Mit dem Verkehr ist es wie mit dem Wasser, er sucht sich den direkten Weg, sodass die schweren Lastwagen mit Zürcher Bauschutt-Abfällen zum grossen Teil über die A4-Ausfahrten in Andelfingen und Trüllikon und damit mitten durch enge Dorfkerne mit historischer Bausubstanz angekart werden. Diese erheblichen Lärm- und Feinstaubemissionen wollen wir den Anwohnern und den Kindern auf ihren Schulwegen nun wirklich nicht aufbürden. Das Deponie-Konzept «Birchbüel»

«Aus dem Zürcher Weinland kamen konkrete Anliegen auf mich zu: «Gell, du schaust, dass da schnell etwas passiert?» Aber Gesetzgebung ist kein Sprint, sondern ein Marathon.»

Jeannette Wibmer
Kantonsrätin (Die Mitte),
Laufen-Uhwiesen

in Trüllikon halten wir deshalb für ungeeignet und nicht gesetzeskonform. Wir sind überzeugt, dass es diesen Standort gar nicht braucht, er also aus dem definitiven Richtplan entfernt werden kann, und werden uns auch 2026 weiter nach Kräften dafür einsetzen.

Welche Erfolge konnten Sie 2025 im Kantonsrat verzeichnen – und womit sind Sie gescheitert?

Aus persönlicher Sicht am wichtigsten war, dass der Zürcher Regierungsrat – wie oben erwähnt – die Forderung der von mir im Kantonsrat organisierten Sechs-Parteien-Allianz zur Weiterführung des UKW-Systems zur Alarmierung der Bevölkerung umgehend nach Bern weiterleitete und dass wir von unseren nationalen Parlamentsvertreterinnen und -vertretern dafür Unterstützung erhielten, damit die auch dafür notwendigen UKW-Sender nicht bereits 2026 abgeschaltet wurden. Wir stellten auch erfreut fest, dass der Kanton Zürich finanziell auf solidem Fundament steht: moderate Verschuldung, robuste Wirtschaft und steigende Einnahmen. Rechnungen des Kantons fallen seit Jahren besser aus als budgetiert. Diese Ausgangslage erlaubte es uns in der Mitte, finanzielle Verantwortung zu übernehmen und eine Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent zu beantragen. Unser Antrag wurde zum Mehrheitsantrag der Finanzkommission und hatte auch im Kantonsrat Erfolg. Natürlich trägt dies auch zur Disziplinierung des Ausgabenwachstums bei. Wir konnten so die Steuerzahlenden entlasten, jedoch ohne die finanzielle Stabilität des Kantons zu gefährden. Darauf zu achten ist allerdings, dass nicht immer mehr staatliche Aufgaben vom Kanton den Gemeinden aufgebürdet werden. Wichtig ist mir auch, dass der «sanfte Druck» zum Sparen in der Verwaltung so umgesetzt

wird, dass dort, wo aus Ressourcensicht ein Vollzugsnotstand zu beklagen ist, trotzdem Mittel zur Verfügung stehen, um die Anliegen der Bevölkerung effizient umsetzen zu können. Dies sind neben Sicherheit auch alle administrativen Prozesse für Gewerbe, Wirtschaft und Private. Sich aus Kapazitätsgründen ewig hinziehende Verfahren sind nicht nur ärgerlich, sondern verursachen, wie im Asylbereich oder bei der Durchsetzung berechtigter Geldforderungen, insgesamt beträchtliche versteckte Kosten.

Welche Geschäfte sind 2026 für den Kanton besonders bedeutsam? Welche Bezirksthemen sind einzubringen?

Die Budgetdebatte 2026 hat gezeigt, wie stark die Fronten im Kantonsrat auseinanderliegen können: Links fordert immer neue staatliche Aufgaben und höhere Ausgaben, rechts will pauschal und teilweise rücksichtslos sparen. Die Mitte lehnt beide Extreme ab und wird sich auch 2026 weiter für eine Politik mit Augenmass einsetzen. Ende 2025 präsentierte der Regierungsrat seine definitiven Vorschläge für die Eintragung von Wind- und Wasserkrafteignungsgebiete im Weinland. Für uns im Bezirk Andelfingen war es ein erster Erfolg, dass für jede Windkraftturbine weiterhin neben einem kantonalen Gestaltungsplan inklusive Umweltverträglichkeitsprüfung auch eine Baubewilligung der Gemeinde erforderlich bleiben soll. Dafür hatte sich mein Vorgänger, Mitte-Kantonsrat Konrad Langhart, erfolg-

Zur Person

Jeannette Wibmer (*1963), Präsidentin der Mitte-Partei im Bezirk Andelfingen, ist promovierte Rechtsanwältin und seit 1995 als selbstständige Wirtschaftsanwältin – mit Schwerpunkt internationales Wirtschaftsrecht – tätig. Von 1998 bis 2000 war Wibmer Mitglied des Stadtrats Dietikon, von 2000 bis 2004 Mitglied des Verfassungsrats des Kantons Zürich. Seit 2015, nach dem Wegzug aus Winterthur, lebt die gebürtige Stadtzürcherin Wibmer, im Limmattal aufgewachsen, zusammen mit ihrem Mann Jörg Güttinger in Laufen-Uhwiesen. Seit 2018 ist Wibmer im Vorstand der Spitex am Kohlfir, seit 2022 im Vorstand des Zweckverbands Zentrum Kohlfir. Wibmer ist unter anderem seit über 20 Jahren Jurymitglied und Mentorin bei Venture.ch.

reich eingesetzt. Die Mitsprache der Betroffenen bleibt somit gewahrt. Die eigentliche Abwägung der Interessen von Natur- und Ortsbildschutz einerseits sowie Windkraftnutzung wird verbindlich mit dem Richtplan nachgelagerten Planungen und Verfahren unter anderem 2026 im Kantonsrat erfolgen. Auch hier ist zentral, dass Gemeinden und Grundeigentümer im Verfahren nicht übersteuert werden, sondern ihre Rolle in unserer räumlichen Entwicklung wie bisher voll wahrnehmen können; dafür werden wir von der Mitte uns weiter einsetzen. Wenn unsere Gemeinden und Grundeigentümer im Bezirk nicht davon überzeugt werden können, ist ein Windkraftprojekt nicht genügend gut!

Das Interview mit Jeannette Wibmer wurde schriftlich geführt.